

# Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 22, Magazinstraße 6/711 — Fernspr.: Königsplatz 1076 — Postfachkonto Berlin 5386 — Die Zeitung erscheint jeden Freitag

**Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereintigt alles!**

**Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes**

Anzeigen die sechsgehaltene Kleinzeile 15 Mark  
Anzeigens und Verbandsgebühren sind an D. D. H. B. M. S., Berlin D 22, Magazinstraße 6/711, zu richten — Bezug nur durch die Post  
Preis vierteljährlich 9 Mark und Beleggeld

**Inhalt:** Die gleitende Lohnskala. — Seine Majestät der Wucher. — Die Augsburger Textilindustrie II. — Aus der Flachswirtschaft. — Zur Ueberstundenverordnung in Sachsen. — Gleichen Lohn für gleiche Leistungen. — Ein Gegner des Tarifgedankens. — Was fehlt den Posamentierern? — Wie gebe ich meine Steuererklärung ab? — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Genossenschaftliches. — Aus Uniernehmerkreisen. — Gesundheitswesen. — Gerichtliches. — Briefkasten. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen. — Anzeigen — Unterhaltungsbeilage: Aus dem Tagebuch einer Mutter. — Erkenntnisse. — Sinnpruch.

## Die gleitende Lohnskala.

In der Partei- und Gewerkschaftspresse wird gegenwärtig das Für und Wider der gleitenden Lohnskala lebhaft erörtert. Der Gedanke der gleitenden Lohnskala ist nichts Neues, sondern ein in England schon praktisch zur Anwendung gebrachtes System, mit dem Unterschied, daß dort der Lohn nicht nach der Indexziffer, sondern nach den Gewinnergebnissen der Unternehmungen gemessen wurde. Dieses System der gleitenden Lohnskala hat in England Schiffbruch erlitten. Die wirtschaftliche Unsicherheit, die durch das ständig wechselnde Wertmaß des Geldes hervorgerufen wird, ist groß. Alle Waren steigen in Preise in gleicher Weise wie das Geld sinkt. Unausgesetzte Preissteigerungen sind die Folge. Sie berührt aber nicht den Arbeitslohn — die Mark bleibt hier nur Mark. Die Kaufkraft wird dadurch, daß die Preise gestiegen sind, herabgedrückt. Deshalb ist das Verlangen nach der gleitenden, der Preissteigerung oder Senkung folgenden Lohnskala erklärlich; soll doch die gleitende Lohnskala den Zweck erfüllen, den Arbeitslohn möglichst rasch den jeweiligen Preissteigerungen oder aber auch den Senkungen automatisch anzupassen. Abgesehen davon, daß die Löhne bisher keineswegs mit den stürmischen Preissteigerungen Schritt gehalten haben, so ist es nur allzu richtig, daß die Lohnhöhen immer erst dann eintreten, wenn die Preissteigerung die Arbeiterklasse schon in der fühlbarsten Weise geschädigt hatte. Die Lohnhöhen sind oftmals zu dem Zeitpunkt, an dem sie einsetzten, schon überholt. Dieser zweifellos unglückliche Zustand kann bei der gegenwärtig wilden Preisbewegung nicht geändert werden durch noch so kurzfristige Tarifabschlüsse. Die Lohnverhandlungen selbst nehmen oft eine längere Zeit in Anspruch, zumal doch hier große Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgetragen werden. Der gegenwärtige Zustand kann wohl niemand befriedigen, am allerwenigsten die Gewerkschaften, deren ganze Arbeitsleistung in den Lohnverhandlungen aufgebraucht wird, während für Bildungsarbeiten der Mitglieder so gut wie keine Zeit übrigbleibt.

Beim letzten Eisenbahnerstreik ist von der Reichsgewerkschaft die Forderung der gleitenden Skala aufgestellt worden, um eine mechanische Anpassung der Löhne und Gehälter an die Preissteigerungen herbeizuführen. Die Regierung hat die Frage schnell aufgegriffen, und sie wird gegenwärtig im Unterausschuß des Reichstagsausschusses für Beamtenangelegenheiten behandelt. Der Reichsarbeitsminister Brauns hat im beifürwortenden Sinne zu dieser Frage Stellung genommen.

Es sprechen zweifellos eine große Anzahl beachtenswerter Gründe für die Einführung der gleitenden Skala, anderer-

seits stehen ihr aber auch, und zwar vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen, schwere Bedenken entgegen. Das landläufige Wort: „Jedes Ding hat zwei Seiten“ trifft hier vollkommen zu. Die Befürworter der gleitenden Lohnskala wollen, daß der Lohn an die gleitende Teuerungsziffer (Index) angelehnt wird und mit der errechneten Indexziffer steigt und fällt. Die bisherigen Indexziffern treffen wohl alle das Richtige nicht, ob sie von Calwer, Kuczyński oder Silbergleit stammen. Nebenbei gesagt, gehen die Ziffern dieser Volkswirtschaftler mitunter recht weit auseinander. Es wird aber auch nie möglich sein, einen unfehlbar sicheren Maßstab zu finden, weil ja jede Messung von der subjektiven Auffassung des Messenden beeinflusst wird. Immerhin geben die Zahlen einen rohen Schlüssel zu Vergleichen der Messungen der gestiegenen Preise. Diese Indexziffern mechanisch auf die Lohnhöhe zu übertragen, wird ohne Zweifel auch oftmals in ihrer Wirkung ungerecht sein. Man beachte hier nur eins: Es wird Voraussetzung sein, daß, wenn die gleitende Lohnskala zur Einführung gebracht würde, müssen in den einzelnen Bezirken und Städten Kommissionen gebildet werden, die die Prüfungen der Preissteigerungen fortgesetzt vornehmen und die Indexziffern bekanntgeben, damit der Lohn nach ihnen geregelt werden kann. Es wäre somit im Reich die Bildung einer ganzen Reihe von Preisprüfungsstellen nötig. Die Messungen der einzelnen Kommissionen würden zweifellos weit auseinander gehen, auch dann, wenn alle Kommissionen oder Prüfungsstellen nach gleichen Regeln ihre Errechnungen vornehmen würden.

Dabei muß noch ein anderes Moment berücksichtigt werden, und zwar das: Wir haben Bezirke, wo tatsächlich die Lebenshaltung wesentlich unter dem Reichsdurchschnittsindex steht. Diese Bezirke sind nicht klein. Sie haben infolge der Ueberwiegung der Landwirtschaft für einen großen Teil der Bevölkerung für Nahrungsmittel günstigere Kaufbedingungen. In diesen Bezirken stehen aber heute die Löhne der Industriearbeiter denen in höheren Indexbezirken nicht wesentlich nach. Sobald aber die bezirkliche Indexziffer die Grundlage des Lohnes bildet, werden jene billigen Bezirke ohne Zweifel im Lohne zurückbleiben. Sie werden sich zu Konkurrenzbezirken mit allgemein lohndrückender Tendenz auswachsen. Es ist noch nicht allzu lange her, daß die Konkurrenz des eigenen Landes einer steigenden Lohnskala sich entgegengesetzt. Einen solchen Zustand zu schaffen, liegt nicht im Interesse der Arbeiterklasse, und wir glauben, daß dieser Grund genügt, um die Gründe der Befürworter der gleitenden Lohnskala reichlich aufzuwiegen. Der Einwand, den die Befürworter dagegen ins Feld führen werden: daß die Unternehmer selbst durch ihre Preissteigerungen gegen diese Konkurrenz einen Schutz gewähren, ist, wie vorweg gesagt sei, in keiner Weise stichhaltig, da die Preissteigerungen meist in engeren Bezirken abgeschlossen sind. Die Arbeiterklasse ist froh, daß die ungleichen Löhne in der Industriegruppe fast gänzlich durch ihren Einfluß beseitigt worden sind. Wer im steten gewerkschaftlichen Kampfe gekannt hat, wird dies zu würdigen verstehen.

Zum anderen ist aber auch keine Gewähr dafür gegeben, daß in allen Bezirken die Prüfungskommissionen rein sachliche Arbeiten leisten, sondern sie werden sich oftmals durch unsachliche Motive beeinflussen lassen, was letzten Endes sich zum Schaden der Arbeiterklasse erweisen kann. Wir brauchen hier nur an die Festlegungen des ortsüblichen Tagelohnes zu erinnern. Derlei ist wohl ständig so festgelegt worden, daß er nur dem Wunsche der Unternehmer entsprach, aber niemals dem der Arbeiterklasse. Wenn auch durch die Mit-

arbeit der Gewerkschaften eine größere Garantie gegeben ist, daß die Preisprüfungskommissionen besser besetzt werden als die Bezirks- oder sonstigen Ausschüsse, die die ortsüblichen Tagelöhne festlegten, so bleibt doch eine große Gefahr bestehen. Die Spuren schrecken allzusehr. Wir haben noch eine ganze Reihe rückständiger Bezirke mit rückständigen Menschen, und dies trifft auch auf die Arbeiterklasse zu.

Noch zu beachten ist, daß die Indexziffern, die heute, sei es von Calwer, Kuczyński oder Silbergleit errechnet werden, nur ein Existenzminimum darstellen. Die Arbeiterklasse hat aber ein Anrecht auf eine höhere Entlohnung. Nicht allein deshalb, weil in den meisten Industrien der Lohnanteil der Arbeiterklasse in keinem rechten Verhältnis zu den Gewinnen der Unternehmungen steht, sondern auch deshalb, weil man ihr einen Lebens- und Kulturspielraum zugestehen muß, der sich stetig erweitern soll. In der Textilindustrie erzielten die Unternehmer Gewinne, die oft das Mehrfache des Lohnanteils der Arbeiterklasse ausmachten. Zum anderen erreichen die Löhne der Arbeiterklasse noch nicht einmal die Höhe des errechneten Existenzminimums. Wenn man tatsächlich auf die gleitende Lohnskala eingehen würde, so würde die Arbeiterklasse sich im voraus festlegen, für einen geringeren Lohn zu arbeiten, der ihr nicht einmal ein Existenzminimum gewährleistet. Es besteht gar keine Möglichkeit, mit einem Schlage diese Differenz zwischen dem wirklichen Arbeitslohn und dem errechneten Existenzminimum auszugleichen. Die Arbeiterklasse würde so für eine längere Zeit auf einen ausreichenden Lohn bestimmt Verzicht leisten. Eine durch den Index geschaffene Lohnlinie wird dem gewerkschaftlichen Kampf immer hinderlich sein. Die gleitende Lohnskala hat weiter zur Folge, daß der Lohnabbau einsetzt, wenn die Indexziffern sinken. Hier sagen nun die Befürworter der gleitenden Lohnskala — Reichsgerichtsrat A. Zeiler, Leipzig —, daß der Abbau der Löhne erst nach sechs Monaten erfolgen soll. Ich glaube, so wird sich eine gleitende Lohnskala nicht aufbauen lassen. Nur das Gute herausnehmen und die schlechten Seiten wegstreichen, wird sich bei der Anwendung eines Systems, wie die gleitende Lohnskala es ist, nicht machen lassen. Wenn die Löhne in einer Vertragsperiode nach einer gleitenden Skala festgelegt sind, dann werden wahrscheinlich die Richtlinien für beide Teile der Vertragskontrahenten gleichlautend sein. Wir scheitern so, als ob man hier, um die Sache anheimelnder zu machen, sie mit einer Frist versehen will, die ihr schlecht steht. In jedem Fall wäre dieser Zustand dem jetzigen gegenüber ein Nachteil, weil ja die Arbeiterklasse im voraus zugegeben hat, daß, wenn die Indexziffer sinkt, sie einen Lohnabbau nach einer bestimmten Zeit als gerechtfertigt hin nimmt. Die Arbeiterklasse begibt sich hier von vornherein eines wichtigen Rechtes, der Forderung auf einen Lohn, der ihr im Rahmen der Gesamtwirtschaft zusteht. Es ist aber auch in anderer Hinsicht gar nicht gesagt, daß lediglich ein Sinken der Indexziffer einen Lohnabbau rechtfertigt. Preisenkungen bedeuten nicht gleichzeitig, daß die Industrien nicht die alten, höheren Löhne beibehalten können. Wir halten es grundsätzlich für falsch, die Löhne allein auf die Indexziffer einzustellen.

Die Löhne werden nur in dem stetigen Kampf ihre Regelung — und seien die Fristen für die Verträge noch so kurz und die Arbeit noch so groß — finden können. Dieser stetige, die Arbeiterklasse wachhaltende Kampf ist meines Erachtens viel mehr wert, als die bequeme Methode der gleitenden Lohnskala.

## Aus dem Tagebuch einer Mutter.

Wirklich, ich bin keine eingebildete Mutter. Ich finde zwar meinen Erstgeborenen über die Maßen lieblich, doch das finden andere auch, die beiden Großmütter zum Beispiel, und ich erkenne doch an, daß es noch andere netter Kinder gibt. Wenn freilich mein kleiner Schelm so seinen blonden Kopf an meine Brust lehnt und mich mit seinen dunklen Augen anstrahlt, dann — ja dann erscheint er mir eben wie ein kleiner Engel.

Doch ganz engelhaft ist er nicht immer. Leider. Er hat einen Dickkopf. Sein Vater sagt: den hat er von mir; ich sage, darin gleicht er ihm.

Neulich kam Tante Berta gerade dazu, als Mutter und Sohn über das Spazierengehen anderer Meinungen waren. Etwas laut ging es zu. Das kann ich nicht leugnen. Das Schöhnlein trampelte und schrie, die Mutter schalt und weinte. Nein, engelhaft war es wohl nicht. Doch abscheulichen Trostkopf brachte Tante Berta den Bubens auch nicht zu nennen. Das war zu viel.

Wenn Bubi nur weniger geschrien hätte! Zum Davonlaufen war es wirklich, und Tante Berta lief auch davon. Ich begleitete sie hinaus, ein bißchen heiß und aufgereggt, und just da kam unsere Hausgenossin, die Hofrätin, die Treppe herauf. Sie sah meine Tränen, hörte Tante Bertas Ermahnungen, strenger zu sein, und da klagte ich ihr meine Not.

Da strich mir die liebe alte Frau sacht über das heiße Gesicht und sagte sanft: „Ruhe und Geduld braucht es zum Muttersein, Kind. Mit Heftigkeit in Strenge und Liebe richtet man wenig aus.“

„Ich würde den Bengel tüchtig verwickeln“, rief Tante Berta, die mit einem Schritte die Stiege abwärts ging.

Wer hatte nun recht.

Still kehrte ich zu meinem kleinen Unband zurück. Mit verheultem Gesicht sah er in seiner Ecke und knurrte: „Will nicht spazieren gehen, will nicht gehen!“

Ich schwieg. „Ruhe und Geduld“ hang's in mir nach. Zwang ich ihn jetzt, begann wohl das Geschrei von neuem. Ich lehnte mich also an meinen Schreitstisch und begann meine Wirtschaftszählung.

Auf einmal kam aus Bubis Ecke ein Seufzerlein. Ich rechnete weiter — wieder ein Seufzer!

Nun war es still, dann klang es zaghaft: „Mutti!“ Mein Kopf machte eine halbe Wendung. Nein, noch war es nicht Zeit. Ich rechnete krampfhaft 15 und 37 sind 74 — oh, welche närrischen Summen kamen heraus!

Wieder ein Seufzerlein. Es raschelte. Trapp, trapp kam's daher, und dann hulkelste es sich weich und warm an mich an, und flehend, ach so kläglich klang es: „Mutti — Mutti!“

Rasch wollte ich den lieben unnützen Schelm an mich ziehen und ihn tüchtig abküssen, als mir der alte Frau Mahnung einfiel: „Mit Heftigkeit in Strenge und Liebe richtet man wenig aus.“ Ich streichelte also nur linde meinen Trostkopf und fragte gelassen: „Warum hast du denn keine Lust zum Spazierengehen?“

„Weil — weil ich doch in der Eisenbahn saße, und weil ich doch Schaffner war, und weil ich doch nach Berlin fuhr!“

Also im Spiel hatte ich ihn gestört; das war's. Herausgerissen aus seinem heitern bunten Phantasieland hatte ich ihn.

Ich sagte ganz ernsthaft: „Schau, Bubi, nun bist du doch einmal ausgeflogen, da kannst du ja auch spazieren gehen. Wenn du heimkommst, fährst du dann weiter!“ — „Hm!“

Und er ging mit. Erst etwas mürrisch, dann so froh wie immer. Mein — ich muß es leider gestehen — erster Sieg.

Doch ich hoffe mehr zu erringen. Ruhe und Geduld, ich will immer daran denken und auch daran, meinen Bubens nicht zu rasch aus seinem Spiele zu reißen. Ich werde ja selbst ärgerlich, wenn man mich gedankenlos in meiner Arbeit stört, und dem Kind ist das Spiel Arbeit, Betätigung, für die es ganz unbewußt von dem Erwachsenen Verständnis fordert.

Was ist das, Bubi schreit nebenan! Ganz aufgereggt klingt seine Stimme: „Marie, Marie, Sie gehen ins Wasser.“ — „Ja nee!“ brummte Marie und schlurft aus dem Zimmer.

Ich gehe hinüber. Da sitzt Bubi auf einem Kissen auf dem Fußboden und rufft mir glücklich zu: „Ich bin Schiff, Mutti, fall nicht ins Wasser!“

Nein, ich will nicht in das rinnende klare Traumwässerlein treten, auf dem er so selig dahinfährt, wie der Schiffer auf dem blauen Meere der Insel des Glücks zuschifft. (Aus „Die Welt im Kinderköpfe“ von J. Siebe.)

## Erkenntnisse.

Die Bewohner der Erde aus einer jeden folgenden Periode ihrer Geschichte haben ihre Vorgänger im Kampfe ums Dasein besiegt und stehen insofern auf einer höheren Vollkommenheitsstufe als diese, und ihr Körperbau ist im allgemeinen mehr spezialisiert worden. Dies kann die allgemeine Annahme so vieler Paläontologen erklären, daß die Organisation im ganzen fortgeschritten sei. Ausgezeichnete und geologisch alte Tiere sind im gewissen Grade den Embryonen neuerer zu denselben Klassen gehörenden Tieren ähnlich; und diese wunderbare Tatsache erhält aus unserer Theorie eine einfache Erklärung. Die Auseinanderfolge gleicher Organisationsstufen innerhalb gleicher Gebiete während der letzten geologischen Perioden, hört auf geheimnisvoll zu sein und wird nach dem Grundsatz der Vererbung verständlich. Charles Darwin.

Unter dem widerwärtigen Metallgeldsystem sind die Profite kein Maßstab für die Menge des produzierten Reichtums. Es können große Profite gemacht und wenig oder kein Reichtum geschaffen, und keine Profite gemacht und großer Reichtum geschaffen werden sein. Das heißt: guter Einschlag oder Wollens, Baumwollens, Leinens, Seidens usw. Garn, die in nützliche Kleidungsstücke verwandelt werden können, sind sicherer Reichtum, Reichtum an sich, und können in großen Mengen verfertigt werden, obwohl ihr Goldpreis ein solcher sein mag, daß die Unternehmer nach jahrelanger Produktion gar keinen goldenen Profit gemacht haben mögen. Robert Owen.

## Sinnpruch.

Wir sollen das Uebel nicht fürchten und uns nicht scheuen vor dem Bösen. Wir sollen mutig der Unbill die Sten bieten, tapfer dem Tode entgegengehen, ohne Wimpernzucken die Stöße alle aushalten, die des Lebens Willkür uns zufügt. Ihr habt recht. Aber warum wird dieses Recht sofort zum bittersten Unrecht, warum wandelt sich diese Wahrheit alsobald in höllische Lüge, wenn eure Privilegien, Stellungen, Vorzüge, wenn euer — Geld in Gefahr kommt? Warum entzückt euch der Wellenschlag der Ereignisse, solange er die unzähligen Schifflein der dahinterliegenden Armen verschlingt? Weshalb schreit ihr erst dann nach Hilfe, wenn er an eurem eignen Glücke emporgelungelt? Pfarrer Kutter („Sie müssen“).

# Se. Majestät der Wucher.

Die Teuerung wird nun geradezu lebensgefährlich. Mit dem Steigen des Dollarkurses und infolge des Fallens aller Beschränkungen der Wucherer hat ein neuer fürchterlicher Anstieg aller Preise eingesetzt. Nicht nur Lebensmittel sind ganz enorm im Preise gestiegen, sondern auch andere Bedarfsartikel. Gemüse, Milch, Fleisch, Butter klettern ständig in die Höhe, das Brot kostet jetzt 14 Mark pro Laib und Kartoffeln in vielen Großstädten 3 und noch mehr Mark das Pfund. Aber die Preisbremse hat noch nicht ihr Ende erreicht. Namentlich, wenn den Wünschen der Agrarier auf der kürzlichen Tagung des Reichslandbundes in Hannover in bezug auf die Wiederaufbaupläne der Landwirtschaft stattgegeben und auch das Umlageverfahren ganz aufgehoben wird, ist auf eine enorme Steigerung des Brotpreises zu rechnen. Einen Vorgeschmack gibt die Berliner Produktenbörse, wo am 1. März 1922 für märkischen Weizen 610 bis 615 Mark und für Roggen 461 bis 468 Mark für 50 kg ab Station notiert wurden. Am 20. Dezember 1921 stand der Preis für märkischen Weizen noch auf 338 Mark und Roggen auf 275 Mark. Die Mehlpreise sind in der gleichen Weise gestiegen. Am 20. Dezember 1921 kosteten 100 kg Weizenmehl 860 bis 980 Mark; am 1. März 1922 aber 1470 bis 1570 Mark. Roggenmehl kostete am 20. Dezember 1921 660 bis 720 Mark und am 1. März 1922 1080 bis 1190 Mark. Man sollte glauben, daß die Auswanderung des Volkes nicht höher ging, aber die aufsteigende Preiswelle ist noch nicht zum Stillstand zu bringen, obwohl außer der Profitgier der Händler und Landwirte es keine Gründe gibt, die diese unsinnige Steigerung für Brotfrucht erklären könnten. Die Regierung sieht diesem Wucher mit verchränkten Armen zu. Herr Hermes, der Reichsernährungsminister, hat dies mit seiner Politik gewollt. Er ist verantwortlich für die Ernährungskatastrophe, in welche das deutsche Volk getrieben worden ist.

Die Situation wird verschärft durch eine nun beschlossene Kohlenpreiserhöhung. In einer amtlichen Mitteilung wird die Sache so dargestellt:

In der gemeinschaftlichen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates wurden im Anschluss an die Schiedsgerichtliche für alle Bergbaureviere festgesetzten Lohnverbände nach langen Verhandlungen wesentliche Erhöhungen der Brennstoffpreise beschlossen. Hierbei erwies sich als notwendig, nicht nur einen besonderen Ausgleich für die unverhältnismäßig starke Materialkostensteigerung der letzten Monate vorzusehen, sondern auch wegen des gesamten Geldwertes den in der Preisalkulation enthaltenen Betrag für Abschreibungen zu erhöhen. Diese Erhöhung wurde von der überwiegenden Mehrheit der Versammlung zur ausreichenden Erneuerung und Modernisierung der Anlagen für erforderlich gehalten. Die Organe der Kohlenwirtschaft (Reichskohlenverband und großer Ausschuss des Reichskohlenrates) werden besonders verfolgen, inwieweit die Erhöhung der Abschreibungen tatsächlich die angestrebte Wirkung der Erhaltung der Werke und der Steigerung ihrer Produktivität hat. Der im Kohlenpreis enthaltene Zuschlag für den Bau von Bergarbeiterheimstätten wurde vermindert. Die hauptsächlichsten Preisverbänderungen sind (je Tonne ohne Steuern): Ruhrrevier 106 Mark (Zettelförderkohle), Sachsen 158,80 Mark (durchschnittlich), Nieder-schlesien 140,60 Mark (durchschnittlich), rheinische Braunkohle: Britetts 71,13 Mark, Rohkohle 19,21 Mark, Mitteldeutschland und Ostelbien: Britetts 87 Mark, Rohkohle 22,50 Mark.

Die Grubenkapitalisten führten zur Begründung ihres Verlangens nach höheren Kohlenpreisen also zweierlei an: Die geringeren Löhne und die Notwendigkeit, die Schachttanlagen zu modernisieren. Der Hinweis auf die Erhöhung der Schichtlöhne ist ein alter, aber falscher Trick, denn die Preissteigerungen für Kohle übertreffen bei weitem die Lohnsteigerungen. Und was das andere Argument betrifft, so heißt das: Die Zechenbesitzer wollen von der Allgemeinheit die Geldmittel herauswinden, die sie zur Verbesserung ihrer während des Krieges teilweise heruntergewirtschafteten Gruben benötigen. Andererseits wehren sich die Zechenbesitzer mit aller Entschiedenheit gegen eine Sozialisierung des Bergbaues, obwohl doch die Allgemeinheit gerade hieran ein weit größeres Interesse hat als an der auf ihre Kosten erfolgenden Bereicherung der Zechenbesitzer. Auch die „Frankfurter Zeitung“ deutet in einem von der Kohlenpreiserhöhung geschriebenen Artikel diese Zusammenhänge an, indem sie schreibt: „Dah solche Pläne (der Kapitalbeschaffung durch Erhöhung der Kohlenpreise) sofort auch noch ganz andere Probleme aufrufen würden, insbesondere nämlich dasjenige, daß solche aus den Mitteln der Allgemeinheit gebaute neue Anlagen dann natürlich nicht etwa einfach in den Besitz der alten Kohlenunternehmungen übergehen dürften, sondern daß auch der Besitz daran der Allgemeinheit zufallen müßte, das sei heute nur angedeutet. Wir müssen heute abwarten, wie weit die Forderungen der Zechenbesitzer tatsächlich gehen. Und müssen uns deshalb heute darauf beschränken, auf den ganz außerordentlichen Ernst der bevorstehenden Entscheidung nachdrücklich hinzuweisen. Die Erhöhung des innerdeutschen Preisniveaus hat in den letzten Monaten und Wochen ganz ungeheure Fortschritte gemacht. Die Anräherung an die Weltmarktpreise ist ein gewaltiges Stück weitergedrungen worden, mit allen Folgen der Arbeitserhöhung für große Massen unseres Volkes, mit allen Folgen sozialer Umwälzung und sozialer Unruhe, die sich notwendig daraus ergeben müssen. Jede Erhöhung des Kohlenpreises wird diese Wirkungen verschärfen, wird, indem sie den Anstoß zur weiteren Preissteigerung auf allen Stufen der Weiterverarbeitung gibt, die Preisrevolution selbst weitertreiben. Das muß bedacht werden. Es weist auf die außerordentliche Gefahr jeder Kohlenpreiserhöhung hin, die nicht aus der Sache selbst unmittelbar zwingend geboten ist.“

Wir eilen mit Riesenschritten den Weltmarktpreisen entgegen. Die innere Preisverteuerung hat viel raschere Fortschritte, als durch die Valutaentwertung bedingt war, gemacht. Die gesamte Produktion verteuert sich von Tag zu Tag, und der Export wird schwieriger werden. Es ist nur noch eine Frage kurzer Zeit, wann bei dieser katastrophalen Wirtschaftsentwicklung Deutschlands uns der erste Schlaganfall treffen wird. Dann erst wird man die Auswirkungen dieser verhängnisvollen Politik in ihrer ganzen Schwere fühlen und — büßen müssen.

## Die Augsburgur Textilindustrie.

Die Weberei war schon seit Jahrhunderten eine Quelle des Reichtums. So war z. B. der Reichtum der Jünger sprichwörtlich geworden. Doch nicht von der eigenen Hände Arbeit stammte der Reichtum, sondern von der Arbeit schlecht entlohnter Webermeister und deren noch schlechter entlohnter Gesellen. Ebenjowenig stammt natürlich auch der Reichtum der heutigen Weber und Spinner, wie sich die Herren Textilindustriellen an der Börse so beheliden nennen, von der eigenen Hände Arbeit. Zwar soweit sie nicht bloß Aktionäre sind, sondern als Besitzer oder Direktor einem Betrieb vorstehen, tragen sie mit bei, doch besteht die Hauptaufgabe dieser „Weber“ und „Spinner“ in der bestmöglichen Ausnutzung der Arbeitskraft. Die Augsburgur Textilbetriebe sind in der Mehrzahl Aktiengesellschaften. Doch bestehen dort auch namhafte Privatbetriebe. So z. B. die Firmen Martini u. Co., Kahn u. Arnold, M. S. Landauer, Raff u. Söhne, Buh u. Söhne. Die letztere Firma besitzt außerdem in Göppingen (Württemberg) noch einen Betrieb, der größer ist als der Stammbetrieb. Die Familie Buh zählt überhaupt in Augsburg mit zu den reichsten. Die Firma Kahn u. Arnold steigerte bei der Liquidation der Augsburgur Kattunfabrik die Weberei am Starzensch mit 126 Webstühlen um den niedrigen Preis von 116 000 M. ein. Der Verdienst war so reichlich, daß ein Neubau nach dem andern erstellt wurde und heute dieser Betrieb, ein Millionen-

objekt, mit den modernsten Produktionsmitteln ausgestattet da steht. Besonders vorzuziehen es aber die Herren Martini, auf Grund niedriger Löhne sich zu bereichern. Die Herren Martini sind mit ihren Kapitalien bei einer großen Zahl Ausburger und auswärtiger Textilbetriebe beteiligt und in acht Betrieben sogar im Aufsichtsrat vertreten. 13 Aktiengesellschaften der Augsburgur Textilindustrie haben in Augsburg ihren Sitz. Das Aktienkapital beträgt über 55 Millionen. Die offenen Reserven betragen schon ein Vielfaches hiervon. Daneben stecken in den Vorräten, in dem Bestand von Effekten Hunderte von Millionen Kapital.

Um nur ein paar Großbetriebe herauszunehmen, möge angeführt werden, daß die Zwirnerei und Nähfadensfabrik Göppingen neben einem Aktienkapital von 7,5 Millionen mehr als 19 Millionen offene und stille Reserven besitzt, d. h. joweit sie aus der Bilanz errechnet werden können. Die Vorräte wurden äußerst vorsichtig geschätzt, heißt es meist in den Berichten der Aufsichtsräte. Mit anderen Worten, die Vorräte wurden so niedrig im Preis eingeschätzt, daß sie, auch bei einer noch so großen Entwertung, noch immer dem tatsächlichen Wert entsprechend eingeschätzt sind. Die Stadtbachspinnerei erzielte bei einem Aktienkapital von 4,2 Millionen 1919 einen Reingewinn von 981 470 M., obwohl kaum ein Sechstel der vorhandenen Spindeln im Betrieb war. Im Jahre 1920 wurde ein Reingewinn von 256 450 M. ausgewiesen. Die Dividende betrug 21 Prozent gegen 18 Prozent im Vorjahr. Diese 21 Prozent wurden aber nicht mehr auf das alte Kapital gezahlt, sondern auf ein durch die Generalversammlung vom 28. Oktober 1920 auf 9 Millionen erhöhtes Aktienkapital. Dieses neue Kapital wurde erst im Frühjahr 1921 eingezahlt, trotzdem aber war es bereits ab 1. Januar 1920 dividendenberechtigt. Würde die Dividende auf das alte Kapital, mit dem auch nur gewirtschaftet wurde, ausbezahlt werden, dann hätten 42 Prozent zur Auszahlung kommen müssen. Der wirkliche Gewinn ist aber noch viel höher. Der Bericht des Aufsichtsrates besagt, daß eine Reihe baulicher und maschineller Erweiterungen vorgenommen wurden. Die Cellulosefabrik mit allen Grundstücken und Gebäulichkeiten wurde in diesem Jahr aufgekauft, dazu der größte Teil der Sentebackaktien, und zwar zu dem damaligen schon sehr hohen Kurs. Weiter wurde neben den sehr reichlichen gesetzlichen und freiwilligen Reserven ein neues Interimskonto mit 5,04 Millionen und ein Erneuerungskonto mit 2,09 Millionen vom Jahresgewinn eingezahlt. Und dies alles, obwohl im Jahresdurchschnitt nur die Hälfte der Spindeln im Betrieb war. Die Kammgarnspinnerei zahlte 1919, obwohl nur ein kleiner Teil des Betriebes im Gang, also der größte Teil der Arbeiter arbeitslos war, von einem Reingewinn von 1 543 244 M. 21 Prozent aus, 650 000 M. außerordentliche Rücklagen wurden gemacht. 1920 stand auch noch ein beträchtlicher Teil des Betriebes still. Besonders viel Schwierigkeiten bereitete der Rohlenmangel. Durch ihn wurde der ganze Betrieb stillgelegt. Dadurch gerieten die Arbeiter in große Not. Glücklicherweise ging es den Aktionären, die so ziemlich über das ganze Aktienkapital der Kammgarnspinnerei verfügen, etwas besser. Für ihre schwere Arbeit erhielten sie 22 Prozent Dividende und 10 Prozent Bonus, und zwar auf ein um 2,2 Millionen erhöhtes Aktienkapital, das aber auch erst im Frühjahr 1921 eingezahlt wurde. In Wirklichkeit wurde also auf das alte Kapital etwa 60 Prozent Dividende ausgezahlt. Aber nicht genug damit. Im November 1921 wurde neuerdings das Kapital um das Doppelte, nämlich auf 11 Millionen Mark erhöht. Damit sich die Herren Aktionäre in der Ueberrahme dieser neuen Aktien nicht so schwer tun, wurden ihnen aus den Reserven des Betriebes 2,75 Millionen, also der halbe Betrag, geschenkt. Sie wurden also zum Kurs von 50 abgegeben. Die Aktien haben meist einen Nennwert von 5000, und zu 2500 wurden sie abgegeben. Da der Kurs der Kammgarnaktien in kurzer Zeit auf 3000 anstieg, so war also eine zu 2500 M. erworbene Aktie 150 000 M. wert. Die offenen und stillen Reserven dieses Betriebes, soweit sie sich rechnerisch für einen Aufstehenden nachweisen lassen, betragen im Jahre 1918 7 891 209 M., 1919 19 687 362 M. und 1920 40 012 154 M. Von diesen Summen, aus den Bilanzen errechnet, sind die Schulden des Betriebes völlig in Abzug gebracht. Die 10 Aktionäre sind natürlich auch noch in einer Reihe anderer Betriebe mit ihren Kapitalien beteiligt und mehrmals sogar in deren Aufsichtsrat vertreten.

Daß gerade die Kammgarnspinnerei solche ungeheure Gewinne macht, kommt daher, daß dieser Betrieb so ziemlich die niedrigsten Löhne von allen deutschen Kammgarnspinnereien zahlt und daß er, wie überhaupt die Augsburgur Textilbetriebe, auf Grund von guten Beziehungen zu gewissen Reichsstellen, stets lohnende Aufträge während des Krieges hatte.

Die Augsburgur Textilarbeiter dagegen wurden, wie überhaupt in ganz Bayern mit niederen Löhnen bedacht. Heute sind diese so ziemlich die niedersten in ganz Deutschland.

Hierüber werden wir uns das nächste Mal unterhalten.

## Aus der Flachswirtschaft.

Als bei Ausbruch des Krieges unsere Grenzen für die Rohstoff-einfuhr geschlossen waren, kam man auf den Gedanken, daß wenn große Teile unseres Volkes nicht in kurzer Zeit vollständig dem Hunger erliegen sollten, man alle Nahrungsmittel rationieren müßte, d. h. jeder sollte seine bestimmte abgegrenzte Ration erhalten. Das war eine aus den Verhältnissen heraus geborene Notwendigkeit. Das gleiche stellte sich aber auch bei den Rohstoffen sofort heraus, weshalb man auch hier neben anderen Maßnahmen rationierte. Auch die Preisfestsetzung war dem Aufgabenkreis der Regierung zugefallen, die ihrerseits durch Schaffung von Mitbestimmungsorganen jenen die Lösung dieser Aufgaben übertrug. Für die Textilindustrie wurden die verschiedensten Reichswirtschaftsstellen geschaffen, unter anderem für die Bastfaserverarbeitung die „Reichswirtschaftsstelle für Flachs“ (R. F. Fl.). Diese Reichswirtschaftsstelle setzte sich aus Interessententeilen der Bastfaserverarbeitung vom Erzeuger des Flachses bis zum Großhändler der fertigen Gelpinnsel und Gewebe zusammen, wozu auch einige Arbeiter gehörten. Diese Organisation setzte unter der Zwangsbewirtschaftung die Einzelpreise fest.

Zunächst war aller angebaute Flachs beschlagnahmt und mußte der „Deutschen Flachsbaugesellschaft“, Berlin, Krausenstraße 25/28, zum Ankauf überlassen werden. Auch sie war eine Kriegsrundung. Die Deutsche Flachsbaugesellschaft hatte freilich auch die gewaltige Arbeit zu leisten, den Flachsbaubau, der vor dem Kriege in Deutschland wenig gepflegt wurde, zu fördern. Das ist auch insofern gelungen, daß die Anbaufläche von ca. 10 000 Hektar vor dem Kriege auf 70- bis 80 000 Hektar 1920 gestiegen war.

Das Ansteigen der Anbaufläche ist vor allem eine Preisfrage; denn die Landwirtschaft erzeugt diejenigen Feldfrüchte am ehesten, welche ihr die höchsten Preise sichern. Das geschah und geschieht um so mehr, je weiter wir in Deutschland mit dem Abbau der Zwangswirtschaft vorgehen. Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage macht es den Arbeitervertretern zur Pflicht, gegen den Abbau der Zwangswirtschaft Sturm zu laufen. Bei der Knappheit der eigenen Erzeugnisse und den hohen Weltmarktpreisen infolge unserer immer mehr sinkenden Valuta stand ein riesiges Anschwellen aller Preise bevor. Die Entwicklung gab uns nicht nur recht, sondern es wurde die schlimmsten Befürchtungen verwirklicht. Damit die Landwirtschaft beim Abbau von Flachs über die Preise nicht im Dunkeln zu tappen brauchte, wurden die Preise für den abzuliefernden entamten Rohflachs unter Mitwirkung beteiligter Interessenten rechtzeitig vorher festgesetzt. Diese Preise sehen so aus:

Für das Erntejahr	1916 für 100 kg	22 Mark
" " " 1917	" 100 "	28 "
" " " 1918	" 100 "	32 "
" " " 1919	" 100 "	46 "
" " " 1920	" 100 "	100 "

Am 1. August 1921 wurden alle Fesseln der Zwangswirtschaft abgestreift und konnte frei gehandelt werden. Allerdings hatte man nach dieser Zeit sogenannte „Richtpreise“ festgesetzt, die eine aus Landwirten und Industrievertretern paritätisch zusammengesetzte Kommission festlegte. Am 12. Oktober 1921 wurde in einer Kommissionsitzung der Richtpreis für 100 kg Strohflechts auf 270 Mark festgesetzt. Diese Preise haben also die Vertreter der Landwirtschaft für angemessen gehalten. Trotzdem hat die Landwirtschaft in letzter Zeit die Preise fabelhaft in die Höhe getrieben und gedenkt, das Spiel noch weiter zu treiben. Es werden jetzt verlangt und gezahlt für 100 kg Strohflechts 500 bis 600 Mark. Letzthin hörten wir aus dem Munde von Flachs-röstern in Schlesien, daß Landwirte geäußert haben, wir verkaufen jetzt nicht, denn im Frühjahr bekommen wir 1000 Mark pro Doppelzentner Strohflechts.

Das ist geradezu unerhörter Wucher! Das wäre dank der aufgehobenen Zwangsbewirtschaftung in einem Jahre eine Verzehnfachung des Preises. Diese Zurückhaltung des Strohflechtes hat bereits bewirkt, daß mehrere Flachsroster Arbeiterentlassungen und Betriebseinsparungen vornehmen mußten. Lieber läßt man den Flachs halb verkaufen, bloß um besser wuchern zu können.

Weiter wird offen ausgesprochen, daß sogar von der schlesischen Grenze Flachs nach der Tschechoslowakei geschmuggelt wird, infolge der höherstehenden Valuta. Soll das so stillschweigend geduldet werden? Es wäre höchste Zeit, daß sich mit diesem unerhörten Vorgehen der interessierten ländlichen Kreise, die zum Schaden Deutschlands und der Flachsarbeiterschaft und -verbraucher Wucher treiben, die Staatsbehörden befassen. Schnelles und energisches Eingreifen ist dringend nötig. D. Frilich.

## Zur Ueberstundenverordnung in Sachsen.

Die „Deutsche Konfektion“ vom 22. Februar 1922 schreibt: Ueberstunden auch ohne gewerkschaftliche Begutachtung zulässig? Vor einigen Monaten erließ der damalige sächsische Arbeitsminister Jäckel eine Verordnung, wonach Gesuche um Genehmigung von Ueberstunden erst den Gewerkschaften zur Begutachtung vorzulegen seien und deren Entscheidungen möglichst Beachtung zu finden hätten. Diese ohne jede Anhörung der Industrie oder der Handelskammern erlassene Verordnung ist Gegenstand scharfer Angriffe geworden, da die sächsischen Unternehmer bei dem jetzigen guten Geschäftsgang dadurch ganz von den Gewerkschaften abhängig wurden.

Nun hat der Leipziger Rechtslehrer, Universitätsprofessor Jakob, begutachtet, daß die Verordnung keine gesetzliche Gültigkeit habe. Wegen dieser Rechtsirrtum der sächsischen Arbeitsministerien sind die Handelskammern beim Reichsarbeitsministerium vorstellig geworden. Der zuständige Referent scheint ebenfalls der Auffassung zu sein, daß das sächsische Arbeitsministerium seine Befugnisse überschritten habe. Man scheut sich aber scheinbar in Berlin, gegen Dresden etwas zu unternehmen. Die Bemühungen um Aufhebung der Verordnung werden aber trotzdem fortgesetzt werden.

Jedenfalls wird der Liebe Müß' dieser Herrschaften vergeblich sein. Trotz dem Gutachten des Herrn Universitätsprofessors Jakob ist es nicht erwiesen, daß das Arbeitsministerium in Dresden seine Grenzen überschritten hat. Jedenfalls kann man heute für jede Auffassung ein durchschlagendes juristisches Gutachten erhalten. Hoffentlich sorgen unsere Kollegen in der Gauleitung in Dresden dafür, daß sie ebenfalls über diese Frage ein juristisches Gutachten angefertigt bekommen, das den Universitätsprofessor widerlegt.

## Gleichen Lohn bei gleichen Leistungen!

Man schreibt uns aus Lobau:

Welcher Kollege und welche Kollegin kennt diese alte Forderung der freien Gewerkschaften nicht. Wieviel schwere Kämpfe haben dieserhalb schon stattgefunden, und bis in die jüngste Zeit hinein ist es den freien Gewerkschaften auch gelungen, diesem Grundgesetz treu zu bleiben. Noch vor einigen Monaten wurde von Seiten unseres Verbandes die Einführung des Soziallohnes glatt abgelehnt. Obwohl ich Alleinernährer einer vierköpfigen Familie bin, habe ich diesen Vorschlag mit Freuden beobachtet und die vorbrachten Gründe anerkannt. Jetzt will es mir aber scheinen, als ob diese Forderung aufgegeben werden sollte.

Es ist nicht mehr möglich, die von Tag zu Tag steigende Teuerung durch immer wieder neue Tarifänderungen auszugleichen, und man ist dazu übergegangen, Teuerungszulagen einzuführen. Einem dauernd im Stundenlohn arbeitenden Kollegen kann dies ja in gewissem Sinne gleichgültig sein, anders aber beim Akkordarbeiter. Auf diese Frage will ich heute nicht näher eingehen. Mich beschäftigen augenblicklich die eingeführten Teuerungszulagen mehr.

Bis mit Ablauf des Monats Februar beträgt der Unterschied eines in Akkord arbeitenden Webers und einer Weberin 25 Pf. pro Stunde. Durch den letzten Tarifabschluß wurde aber die Differenz zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern im März auf 90 Pf. und im April sogar auf 1 Mark erhöht. In Westfalen soll dieselbe sogar 1,30 Mark betragen. Wird hierdurch nicht ein Stück des füzlich bekämpften Soziallohnes eingeführt? Geben wir hierdurch den Unternehmern nicht die beste Gelegenheit, der billigeren Frauenarbeit gegenüber der Männerarbeit den Vorzug zu geben? In dem Betriebe, in welchem ich tätig bin arbeiten neben 60 Kollegen 75 Kolleginnen. Rechnet man die Differenz von 90 Pf. resp. 1 Mark pro Stunde auf die Dauer von 9 Wochen und auf die angeführten 75 Kolleginnen um, so ergibt dies einen Reingewinn für den Unternehmer von zirka 30 000 Mark.

Ich verstehe nicht, wie unsere Angestellten und die aus den Betrieben an den Verhandlungen teilnehmenden Kollegen diesem Vorschlag zustimmen konnten. Auf der einen Seite werfen wir dadurch den Unternehmern ungeheure Mehreinnahmen an den Hals und auf der andern Seite geben wir unsse Kolleginnen als Ausbeutungsobjekte und gleichzeitig als Lohnrückerinnen preis. Wenn einmal einer der Gauleiter Gelegenheit hätte, an dem Tage, wo ein derartiger Tarifabschluß bekannt wird, in einem Betriebe anwesend zu sein, ich glaube, ihm stiegen die Haare zu Berge. Mit den schönsten Rosennamen werden die angestellten Kollegen da bedacht, aber leider müssen es immer nur die Unterlassener und sonstigen Vertrauensleute hören und so den Preßbock abgeben für andere. Finden denn die Gauleiter keine Zeit mehr, sich in einer Mitgliederversammlung sehen zu lassen? Wie stellt sich überhaupt die Verbandsleitung den Abbau dieser für die Unternehmer so lohnenden Teuerungszulagen vor?

Doch nun zum Schluß ein Wort an die Kolleginnen und Kollegen. In den Betrieben streiten und schimpfen nützt nichts. Bildet euch weiter, beachtet regelmäßig die Versammlungen und sorgt so dafür, daß zu den Verhandlungen mehr Kolleginnen hinzugezogen werden können. Wir Kollegen aber haben allen Grund, dafür einzutreten, daß endlich gleicher Lohn bei gleichen Leistungen gezahlt wird. Reinhold Schmidt, Lobau i. Sa.

## Ein Gegner des Tarifgedankens.

Unter dem Titel: „Rückwärts, Don Rodrigo, rückwärts“, wandte sich in der „Verbandszeitung“ der deutschen Posamenten-Industrie, Nr. vom 1. Februar d. J., ein Herr Curt Schreiber, Dresden, gegen die Lohnarbeit in der Posamentenindustrie. Nach einigen häßlichen Bemerkungen über den Staat, der, um nicht Bankrott zu machen, Geldscheine nach Belieben und Bedürfnis

brude — ein Verfahren, das den Geschäftsmann, der mit Unterbilanz arbeitet, auch vor dem Bankrott retten würde, wenn er es anwenden dürfte — sagt er:

Auch beim Posamentierhandwerk ist die Bewilligung des sich fast alle Monate das Genie brechenden Tarif-Änderungs nachgehende geworden. Wo zu die Tarife, die nur Mindestlöhne festsetzen und die in lächerlicher Weise nur die Lebensversicherung, aber nicht das Können und die Fähigkeit entlohnen? Sieht denn nicht selbst der intelligente, vielseitige und tüchtige Gehilfe ein, daß ein Tarifabkommen lediglich nach dem Alter eine Belohnung und eine Zurücksetzung seinerseits bedeutet? Ein Tarif, der nicht das Können und Wissen und den Fleiß an erste Besoldungsstelle setzt, ist eine Begräbnisstätte für das ganze Handwerk. Gewiß ist es richtig, daß ein jeder das Gefühl der Sättigung begehrt; ist es aber nicht ungleich, daß sich der geistig wie technisch Bevorzugte auch nur an dieselbe Tafel setzen darf, die für den Schwachen und Unvollkommenen gedeckt ist?

Es bleibt sich auch nicht vollkommen gleich, ob ein Schwerarbeiter, der täglich viele Zentner an Lasten zu tragen hat, einen höheren Lohn beanspruchen darf und muß, als ein Leichtarbeiter oder simpler Schreiberbursche, der mit der Hälfte Nahrung auskommt.

Sozialismus wird von vielen mißverstanden oder er ist überhaupt eine falsche Lehre, die alle Menschen gleich rasen will und es doch niemals kann. Der Sozialismus ist jedenfalls der ruhmloseste, der Arbeitstarife schafft, der den ungebildeten, unfertigen und wohnlich auch faulen Arbeiter stützt und schützt vor dem gewackten, tüchtigen und fleißigen Kollegen.

Auf die Höhe des Arbeitslohnes kommt es wahrhaftig gar nicht an. So kann es dem Posamentierer wirklich gleichgültig sein, ob seine Leute 8 oder 16 Mark die Stunde verdienen — letzten Endes, so sagt man, muß es doch immer wieder die Rundschaft bezahlen — aber System, gerechte Lohnzahlung kann und muß er fordern dürfen.

Das Betrübenste an den ganzen Verhältnissen kommt aber in der Erscheinung zum Ausdruck, daß kunstgewerbliche Posamenten wegen der hohen Preise fast nicht mehr bezahlt werden können und somit dieses ehemals blühende Gewerbe mit der Zeit verkümmern muß. Der Anwuchs tüchtiger Kräfte fehlt, es werden nur noch einfache Arbeitskräfte ausgebildet, die bei einer Gehilfen- und Meisterprüfung keine hohen Leistungen aufweisen können. Schon in den leztjährigen Gehilfenprüfungen wurde von Seiten der prüfenden Meister ein Nachlassen des sonst üblichen Könnens festgestellt. Alle Posamentier-Techniker schwinden dahin, ohne daß es Kräfte gibt, solche wenigstens einzeln zu erhalten. Hierbei ist nicht nur an die Sandstuhl- und Jacquard-Fühlweber zu denken, sondern noch viel mehr an die Tischarbeiten, die Quastentekniker in ihren so großen und künstlerisch wertvollen Einzelarbeiten.

Dazu schreibt uns ein Posamentierer gehilfe:

In vielmehr Stimme ich mit den Ausführungen des Herrn Curt Schreiber überein, aber zu der Frage: Sieht denn nicht selbst der intelligente, vielseitige und tüchtige Gehilfe usw.? Stelle ich die Gegenfrage: Was hätten die Posamentierergehilfen für Löhne, und wie wären diese nach dem Können usw. gerecht eingeteilt, wenn wir kein Tarifabkommen hätten? —

Dann: Wie viele Gehilfen wären in den Augen ihrer Arbeitgeber als vollwertige, tüchtige usw. Arbeiter angesehen — wenn es sich um Festsetzung des Lohnes handeln würde? Wie hoch, resp. wie niedrig wäre das Existenzminimum berechnet 1. bei beiden, 2. bei sogenannten minderwertigen Kräften? —

Der 8 Stunden pro Tag anhaltende strapaziöse und wohl auch etwas aufpassende und durch Materialfehler oder Stuhldefekt sich bald grün ärgernde Posamentierer ist auch kein Leichtarbeiter, der bei halber Kost auch noch lebensfähig bleibt.

Wenn es dem Posamentieremeister gleich wäre, ob er 8 oder 16 Mark Stundenlohn zahlte, da die Kunden ja doch alles tragen müssen, so ist wohl die Frage berechtigt, was die Herren Arbeitgeber hindert, die tüchtigen, intelligenten Gehilfen für ihr Wissen und Können etwas über den Mindestlohn zu bezahlen? —

Warum es so wenig gute Kräfte gibt? — Ganz einfach: weil die meisten Gehilfen nach dem Krieg in ihrem Beruf keine Arbeit fanden und irgendwo in anderen Branchen als ungelernete Hilfskraft besser entlohnt werden, als trotz bestehender Tarife im gelernten Beruf als tüchtige Kraft.

Und der Nachwuchs? — Wer wird sein Kind einen Beruf erlernen lassen, der viel Mühe macht, aber so wenig einträgt, weil der Lohn weit hinter dem viel einfacheren Beruf steht und in dem obendrein, bei jeder kleinen Mehrforderung, durch den Zwang der Wirtschaftslage verurteilt, sein ganzliches Eingehen in Aussicht gestellt wird? — L. Frankfurt.

### Was fehlt dem Posamentierer?

Man schreibt uns aus Posamentiererkreisen: Dem Posamentierer fehlt vor allem mehr Verbandsinteresse und der gute Wille, etwas Arbeit auf sich zu nehmen, um seinen Berufsinteressen zu dienen. Er glaubt, mit dem Zahlen seiner Verbandsbeiträge seine Pflicht der Organisation gegenüber erfüllt zu haben, und denkt nicht daran, Sorge zu tragen, daß die kleine Berufsgruppe in steter Fühlung miteinander bleibe und bestrebt sei, die Löhne laut Indexziffer verhältnismäßig überall gleich hoch zu gestalten und möglichst gleichzeitig überall Verbesserungen der Löhne anzustreben. In keinem Fall dürfte der Posamentierer, der nicht weniger zu lernen braucht als andere Handwerker, nicht schlechter entlohnt werden als diese. Dem Einwand der Unternehmer, daß Posamenten keine Artikel dringenden Bedarfs seien und Preissteigerungen sehr schwer erträglich, muß damit begegnet werden, daß die Löhne im Verhältnis zum Material bei der Preisbildung nur noch eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Deshalb sollten die Kollegen überall dafür sorgen, daß in keinem Betriebe noch unorganisierte vorhanden seien, und die Lohnfrage würde sich dann leicht lösen lassen. Es muß allerdings vermieden werden, daß organisierte Kollegen noch unter dem geltenden Tarif arbeiten, wie es schon vorgekommen sein soll. Die Hilfsleistungen sollten dagegen entschieden Front machen, wenn es die beteiligten Kollegen unterlassen. L., Trf.

### Wie gebe ich meine Steuererklärung ab?

Anfang Februar dieses Jahres haben die Finanzämter die öffentliche Aufforderung zur Einkommensteuererklärung an alle diejenigen erlassen, die ein steuerbares Einkommen von mehr als 24.000 M. im Kalenderjahr 1921 gehabt haben. Den meisten Steuerpflichtigen ist inzwischen das Steuerklärungsformular zugestellt worden. Wo es bisher nicht geschah, sollte, tut der Steuerpflichtige (also auch der Festbesoldete, der im Kalenderjahr 1921 ein Einkommen von mehr als 24.000 M. bezogen hat) gut, sich bei der zuständigen Steuerbehörde um das Formular zu bemühen. Das Formular für die Steuerklärung ist spätestens bis zum 15. März 1922 dem zuständigen Finanzamt ausgefüllt und eigenhändig unterzeichnet wieder einzusenden. Auch die mündliche Abgabe der Steuerklärung vor dem Finanzamt ist zulässig.

In dem Formular ist, je nachdem, ob sich das Einkommen aus Grundvermögen, Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen, aus Arbeit oder sonstigen Einkommen zusammensetzt (vergl. Ziffer 1 bis 5 des Formulars), eine genaue Erklärung darüber abzugeben, wie hoch sich das steuerpflichtige Jahreseinkommen einschließlich des Einkommens der zur Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder und der in der Haushaltung lebenden Ehefrau aus diesen einzelnen Steuerarten im Kalenderjahr 1921 belaufen hat, wobei zu bemerken ist, daß zum steuerbaren Einkommen alle

Einkünfte aus Grundbesitz, Gewerbebetrieb, Kapitalvermögen, Arbeit und sonstigen Einkünften ohne Rücksicht darauf gehören, ob es sich um einmalige oder wiederkehrende Einkünfte handelt. Angegeben ist das Einkommen, das im ganzen Kalenderjahr 1921 tatsächlich bezogen ist. Von dem daraus durch die Steuerbehörde errechneten Jahressteuerbetrag werden nur drei Viertel Jahresbeiträge (für die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. Dezember 1921) erhoben, weil das bisher mit dem 31. März ablaufende Rechnungsjahr von Ende 1921 ab mit dem Kalenderjahr zusammengelegt ist.

Bei Abgabe der Einkommensteuererklärung für das Kalenderjahr 1921 ist es für den Steuerpflichtigen wichtig, zu wissen, daß nach Artikel II des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 20. Dezember 1921 die Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 nach den bisherigen Vorschriften verlangt wird; es kommt also noch der alte Steuertarif (vom 24. März 1921) zur Anwendung. Die Bestimmungen der Novelle vom 20. Dezember 1921 und ihr Tarif treten erst für die Anfang 1922 vorzunehmende Veranlagung für das Kalenderjahr 1922 in Kraft.

Im einzelnen bedeutet diese Anwendung der bisherigen Bestimmungen, daß z. B. bei der diesmaligen Veranlagung Berücksichtigungsprämien nur insoweit abzugsfähig sind, als sie den Betrag von 1000 M. nicht übersteigen. Ferner sind noch die bisherigen Vorschriften über die Ermäßigung der Steuer wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse (§ 26 des Gesetzes) maßgebend. Ermäßigung der Einkommensteuer wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse — als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere außergewöhnliche Belastung des Steuerpflichtigen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendungen im Haushalt infolge einer Erwerbstätigkeit der Ehefrau — kann also für 1921 nur bis zu einem Einkommen von nicht mehr als 30.000 M. gewährt werden. Die Anrechnung der im Kalenderjahr entrichteten Kapitalertragssteuer kann nur bis zu einem steuerbaren Einkommen von 14.000 M. erfolgen, und zwar nur, wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert ist, seinen Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, und wenn das steuerbare Einkommen hauptsächlich aus Kapitaleinkommen und Wartegeldern, Ruhegehältern, Witwen- und Waisenpensionen, Beamteneinkünften und ähnlichem besteht (§ 44 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes).

Zu den Fragen des Steuerklärungsformulars nach der Zusammensetzung der Einkünfte ist als besonders wichtig hervorzuheben:

- 1. Zum Einkommen aus Grundbesitz
  - a) Beim Besitz mehrerer Grundstücke empfiehlt es sich, die Angaben für die einzelnen Grundstücke zu trennen.
  - b) Vielfach sind im Interesse einer vereinfachten Berechnung von den Landesfinanzämtern Pauschalätze festgelegt worden, die nach Wahl des Steuerpflichtigen an die Stelle der Einzelberechnung treten, z. B. für Groß-Berlin 60 Prozent des Bruttomeißeertrages von Normalgrundstücken für alle Ankoften und Reparaturen sowie Abnutzungen. (Es wird zweckmäßig sein, sich bei dem zuständigen Finanzamt vor Abgabe der Steuerklärung nach dem Bestehen solcher Pauschalätze zu erkundigen.)
- 2. Zum Einkommen aus Arbeit
  - Beim Einkommen aus Arbeit ist in diesem Jahre unter Ziffer 4 des Formulars die besondere Frage nach dem Bezug von Dienstaufwandsentschädigungen gestellt worden. Es hat sich für die Steuerbehörde als notwendig erwiesen, den tatsächlichen Betrag des Dienstaufwandes zu erfahren. Steuerpflichtige sind alle in Form von Dienstaufwand und ähnlichen Entschädigungen gewährten Bezüge, soweit sie den erforderlichen Aufwand übersteigen. Die Nachprüfung bleibt der Steuerbehörde auf Grund der von dem Steuerpflichtigen gemachten Angaben überlassen.
  - Die Beantwortung der Frage nach den Spekulationsgewinnen (siehe Erläuterungen zu Ziffer 5 des Formulars) ist ein vielumstrittenes Gebiet. Ueber das, was als „Spekulationsgewinn“ anzufassen ist, spricht sich das Gesetz selbst nicht eindeutig aus, daß es nicht verschieden ausgelegt werden könnte. Auf jeden Fall müssen nach dem neuen Formular alle Verkäufe von Wertpapieren, Devisen, ausländischen Zahlungsmitteln einzeln angegeben werden unter Hinzufügung des Tages des Erwerbes, des Kaufpreises, und zwar auch dann, wenn die Gewinne von dem Steuerpflichtigen nicht für Spekulationsgewinne gehalten werden, sondern für Kapitalanlagen, die er mit eigenen Mitteln und nicht unter Inanspruchnahme von Bankkredit durch Ankauf von Wertpapieren vorgenommen hat.

### Aus der Textilindustrie.

Die Hochkonjunktur in der deutschen Textilindustrie und in ihren Nebenzweigen. Die Befürchtung, daß im neuen Jahre die außerordentlich günstige Beschäftigung der deutschen Textilindustrie abflauen würde, hat sich nicht nur nicht erfüllt, sondern es sind alle Anzeichen dafür vorhanden, daß wir vor einer wirklichen Hochkonjunktur im Textilgewerbe, von der auch die Nebenzweige, vor allem die Zwischenhändler, Konfektionäre und Warenhändler erheblich profitieren werden, stehen. Speziell die Warenhäuser im besetzten Gebiet sollen noch mit billigeren Waren stark eingebekkt sein, von denen allerdings wohl ein großer Teil vom Ausland stammt, so daß trotz der neuen Warenpreissteigerung sie auch in diesem Jahre mit großem Nutzen werden arbeiten können. Nicht minder die Konfektionäre, welche ihre Produktion bis Mitte des Jahres ausverkauft haben. In der Wirk- und Strumpwarenindustrie geht das Geschäft so gut wie nie zuvor. Die im Chemnitzer Bezirk anwesenden in- und ausländischen Käufer haben Aufträge, die bis ins dritte Quartal laufen, erteilt, und zwar zu sehr hohen Preisen. Die Hersteller von wollenen und halbwollenen Damen- und Herrenstoffen sind bis Juli ausverkauft, und zwar in besseren Beschaffenheiten. In allen anderen Zweigen, so in der Baumwoll- und Leinenindustrie, ist gleichfalls sehr flott zu tun. Der Geschäftsgang in der Seiden- und Besatzindustrie ist befriedigend.

Allgemeine Haufe auf den Weltwollmärkten. Auf allen Rohwollmärkten herrscht zur Zeit, wie das „Wollarchiv“ (Berlin) berichtet, gute Nachfrage bei steigenden Preisen. Die Londoner Januar-Auktionen begannen mit einer Preissteigerung von 10 bis 15 Prozent für Mexino- und 5—20 Prozent für Kreuzzuchtswollen gegenüber den Schlusspreisen der Dezember-Auktionen. In Australien zogen die Preise gleichfalls an, durchschnittlich um 10 Prozent. Ähnliches wird aus Neuseeland und Südafrika einerseits, aus Argentinien und Uruguay andererseits gemeldet. In London, Australien und Südafrika ist England Hauptkäufer, während am La Plata Deutschland und Frankreich den Markt beherrschen. Amerika kauft nur kleinere Mengen hochwertiger Wollen, meist in Australien, und vermehrt so schrittweise seine vorläufig im Zollager der Einfuhrfreigabe durch den kommenden permanenten Zolltarif harrenden Bestände, während seinerzeit die das Rohmaterial bereits teilweise knapp wird. Japan tätigt nicht unbedeutende Käufe in Australien und Südafrika. — Bemerkenswert ist die geringe Einwirkung, die die starke Zurückhaltung des Seidenlands am Londoner Wollmarkt, wo es in den letzten Monaten als Hauptkäufer auftrat, auf die Lage ausübt. Zum Teil wird sie durch die verstärkte Kaufstätigkeit Englands ausgeglichen, andererseits herrscht die Ansicht vor, daß Deutschland seine Zurückhaltung, zumal bei günstiger Valutaentwicklung, bald wieder aufgeben wird.

Weitere Inbetriebsetzung russischer Textil-Fabriken. Es wurde schon gemeldet, daß die größten Moskauer Kattun-Fabriken, die in Bezug auf Umfang die deutschen und sogar die englischen Kattunfabriken übertreffen, auf Anordnung der Sowjet-Regierung in Betrieb gesetzt werden, wodurch Tausende von Arbeitern Beschäftigung bekommen. Jetzt wird berichtet, daß verschiedene andere Textilfabriken Rußlands, und zwar recht bedeutende, welche während des Krieges aus Polen nach Moskau „evakuiert“ wurden, gleichfalls wieder in Gang kommen sollen. Für das Ausland, speziell für Deutschland, sind diese Tatsachen von enormer Bedeutung, da alle diese Fabriken eine wahre Heißhunger nach Rohstoffen, Farbstoffen, Chemikalien, Maschinen usw. haben, der unstrittig in erster Linie in Deutschland gedeckt werden wird.

### Achtung! Textilarbeiter! Sperre!

Der Betrieb der Firma Wilhelm Har dt, Tauwerkfabrik und Schiffsbauwerkstatt, Hamburg 1, Postmannstraße 25, ist wegen Nichtanerkennung unseres Lohntarifs bis auf weiteres gesperrt. Keiner darf dort in Arbeit treten bzw. welche annehmen, bevor nicht die Lohnverhältnisse mit der Firma geregelt sind. Zwei Arbeiterinnen, die den Tariflohn beanspruchten, wurden kurzerhand entlassen.

Auskunft erteilt der unterzeichnete Verband. Deutscher Textilarbeiter-Verband, Filiale Hamburg und Umgegend, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, IV, Zimmer 48/50, Gewerkschaftshaus.

### Soziale Rundschau.

#### Zur Förderung der internationalen Sozialpolitik.

Schon im Dezember 1920 ernannte die schwedische Regierung eine ständige „Delegation für das internationale Zusammenwirken auf dem Gebiete der Sozialpolitik“. Sie soll sich mit allen Fragen befassen, welche die internationale Arbeitsorganisation betreffen und insbesondere die Zusammenarbeit der nordischen Länder auf dem Gebiete der Sozialpolitik fördern. Ihr Vorsitzender ist der Direktor des Sozialamtes. Die Delegation hat bisher umfangreiche Berichte über die ersten Konferenzen der Internationalen Arbeitsorganisation veröffentlicht und die schwedische Beteiligung an der dritten Konferenz vorbereitet. Ueber die schwedische Arbeiter- und Sozialgesetzgebung gab sie ein umfangreiches Werk in französischer Sprache heraus; in englischer Sprache auch eine Schrift über die schwedischen Landarbeiterverhältnisse. Neuerdings hat die Regierung einen besonderen Direktor für die Arbeiten der Delegation eingesezt.

#### Wieder ein Sozialdemokrat gegen den Achtstundentag.

Auf einer in Stuttgart abgehaltenen Tagung des württembergischen Wirtschaftsbeirats der Frankfurter internationalen Messe hielt der sozialdemokratische Arbeitsminister Keil eine Ansprache, in der er zur Frage des Achtstundentages ausführte, der Achtstundentag sei nicht ein unabänderliches Dogma, sondern ein sozialwirtschaftliches Ziel, das dem Arbeiter ein behagliches Leben gewährleisten soll. Wenn die Verhältnisse der Nachkriegszeit nur mit größerer Leistung als acht Stunden zu besiegeln sind, und wenn dazu der Friedensvertrag mit seinen Verpflichtungen kommt, so muß die Frage der Arbeitszeit neu zur Erörterung gestellt werden.

#### Ueberstunden in der Textilindustrie Großbritanniens.

IAAB. Der Nationalverband der Textilgewerkschaften hat beschlossen, die Unternehmer zu bevollmächtigen, in besonderen Ausnahmefällen die Arbeitszeit für Frauen und Jugendlichen zu erhöhen.

Hierzu teilt der Industrierrat mit, daß er grundsätzlich die 48-Stundenwoche anerkennt, daß jedoch gewisse Ausnahmen gestattet sein müssen, die durch die Einteilung der Arbeit oder zeitweilige Bedürfnisse des Handels bedingt sind.

Daher macht der Industrierrat folgende Vorschläge:

- a) die unter den oben genannten Bedingungen arbeitenden Firmen sind berechtigt, ihr System bis zum 21. Januar 1922 beizubehalten, an welchem Tage folgende Klausel (b) in Kraft treten kann, wenn das Bedürfnis besteht:
- b) jede Firma, welche über die vorgeschriebene Zeit arbeiten lassen will, muß sich an die außerordentliche Kommission des Industrierrats wenden. Sie muß die Gründe auseinandersetzen, warum sie die Arbeitszeit verlängern will, die Zahl der Stunden, die diese Verlängerung pro Woche ausmacht, die Zeitdauer, auf die sich die Verlängerung erstrecken soll und die Anzahl der Personen, die hiervon betroffen werden.

Die außerordentliche Kommission hat die notwendigen Vollmachten, die Gesuche ohne volle oder teilweise Begründung abzulehnen oder zu genehmigen.

### Genossenschaftliches.

#### Volkspflege.

Vom Vorstand der Volkspflege, Versicherungsaktiengesellschaft, wird uns mitgeteilt, daß er sich durch Zirkular an die Ortsverwaltungen unserer Organisation gewandt und sie gebeten hat, die Rechnungsstellen bei der Propaganda für das von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründete Unternehmen zu unterstützen. Wir schließen uns dieser Bitte an und möchten auch wünschen, daß sich an allen Orten recht viele Kollegen als Mitarbeiter zur Verfügung stellen. — Weitere Auskunft erteilt gern der Vorstand der Volkspflege — Weitzer, Hamburg 5.

### Aus Unternehmerkreisen.

#### Die Tätigkeit des Allgemeinen dänischen Arbeitgeber-Verbandes.

Anlässlich des 25jährigen Bestehens des Allgemeinen dänischen Arbeitgeberverbandes hat der Sekretär dieser Organisation eine Broschüre über die Entwicklung des Verbandes, der im Jahre 1896 in Kopenhagen gebildet wurde, in dänischer, englischer und französischer Sprache veröffentlicht. Am Beginn seiner Tätigkeit umfaßte der Bund lediglich die Bauindustrie und verwandte Zweige, sein Tätigkeitsfeld hat sich jedoch bald vergrößert. Heute umfaßt der Bund industrielle, kaufmännische, maritime, landwirtschaftliche Unternehmungen und zählt 18.300 Mitglieder, die in eine gewisse Anzahl von Gruppen eingeteilt sind. Der Bund wird geleitet: a) von einer Generalversammlung, welche etwa 500 Delegierte zählt, die nach dem System der proportionalen Vertretung gewählt sind; b) von zwei Komitees, welche sich in die Verwaltungsarbeit teilen. Die Bureaus des Bundes stellen Statistiken auf über die Löhne und Gehälter sowie über den Arbeitsmarkt. Die Mitglieder des Bundes zahlen eine Einschreibgebühr von 1 Prozent und einen jährlichen Beitrag von 0,35 Prozent der von ihnen im vorhergehenden Jahre ausgezahlten Summe an Löhnen. Ein Streikfonds wurde ebenfalls gegründet; er entschädigt die von Streiks berührten Mitglieder durch eine Summe, die 25 Prozent der von diesen Firmen in normalen Zeiten ausgezahlten Löhne ausmacht. Die Mitglieder steuern zu diesem Fonds einen Beitrag von 0,45 Prozent der gezahlten Löhne bei. Innerhalb einer Frist von vier Jahren kann dieser Beitrag bis zu 0,65 Prozent gesteigert werden. Der Bund schießt für seine Mitglieder Kollektivverträge, Arbeitsvereinbarungen usw. ab. Gegenwärtig beläuft sich die Zahl der abgeschlossenen Verträge

dieser Art auf 1000. Früher wurden diese Verträge auf fünf Jahre abgeschlossen, heute haben sie nur noch ein Jahr Gültigkeit.

Außerdem wurden zwischen dem dänischen Gewerkschaftsbund einerseits und dem Allgemeinen dänischen Arbeitgeberverband andererseits Verträge abgeschlossen über Löhne, Arbeitsdauer, sowie ein allgemeines Uebereinkommen.

Im allgemeinen behalten sich die Arbeitgeber das Recht vor, nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einzustellen, da aber fast alle Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind, hat dieser Punkt keinen praktischen Wert.

Durch das „September-Uebereinkommen“ wurde im Jahre 1899 ein Schiedsgericht errichtet, das im Jahre 1910 durch einen staatlichen ständigen Schiedsgerichtshof ersetzt wurde.

Im Verlaufe der letzten Jahre hat sich der Allgemeine dänische Arbeitgeberverband anderen skandinavischen Arbeitgeber-Organisationen angeschlossen.

J. A. A. B.

Gesundheitswesen.

Ermüdungsstudien in der Industrie.

Der in England während des Krieges tätige Gesundheitsauschuss für die Munitionsarbeiter wurde im Juli 1918 durch einen Untersuchungsausschuss für die Fragen der Ermüdung in der Industrie (Industrial Fatigue Research Board) ersetzt.

Kürzlich berichtete der Sekretär des Ausschusses vor der königlichen Kommission über die bisherigen Arbeiten. Seinen Ausführungen entnimmt das Internationale Arbeitsamt die nachfolgenden bemerkenswerten Einzelheiten: Bisher wurden, unter Hinzuziehung von Vertretern der betr. Industrien, Erhebungen eingeleitet in der Zinn-, Eisen-, Stahl-, Baumwoll-, Seiden-, Schuh- und keramischen Industrie, im Wäschereigewerbe usw., neben besonderen Untersuchungen über Berufswahl, Arbeitsvorgänge und dergleichen in dazu geeigneten Betrieben.

Als die fünf wichtigsten Prüfungspunkte zur Feststellung der „Eignung“ oder „Tauglichkeit“ galten dem Ausschuss: 1. Schwankungen in der Menge der Erzeugnisse, 2. Kranken- und Sterblichkeitszahlen, 3. Umfang des Arbeiterwechsels, 4. Zeitverluste, 5. Unfälle.

Die bisherigen Untersuchungen des Ausschusses lassen den Schluss zu, daß der Einfluß der Ermüdungsfaktoren auf den Gesundheitszustand heute schon geringer ist als zu Beginn der Erhebungen, beziehungsweise daß die jetzt beobachteten Ermüdungserscheinungen eher als normal, denn als pathologische Erscheinungen zu werten sind.

Bei den Unfällen zeigte sich auf Grund genauer Feststellungen von Munitionsfabriken, daß sie zu einem erheblichen Teile auf eine gewisse angeborene Empfindlichkeit bzw. Reizbarkeit der Verunglückten selbst zurückzuführen sind.

Die Ergebnisse der Erhebungen können in der Hauptsache nach drei Gesichtspunkten — Arbeitszeit, sonstige Arbeitsbedingungen, Arbeitsmethoden — geordnet werden. Die Schwankungen in der Menge der gefertigten Erzeugnisse zum Beispiel werden an der Hand von Kurven gezeigt, welche diese Menge für die durch Handarbeit bezorgte Füllung von Hochöfen am Tage in einer Achtstundenschicht, wie auch in der Seidenweberei veranschaulichen.

Der Berichterstatter erklärte im einzelnen, wie der Ausschuss bei seinen Erhebungen vorgeht und unter welchen physischen Voraussetzungen nach den bisherigen Erfahrungen die einwandrigsten Ergebnisse zu erwarten sind.

Gerichtliches.

Wegen Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit verurteilt. Die Firma Müller u. Schöner in Görlitz, die, wie seinerzeit berichtet wurde, ihre Arbeiterinnen an einigen Tagen pro Tag 17 Stunden arbeiten lassen, und von unserer Ortsverwaltung in Görlitz zur Anzeige gebracht wurde, ist jetzt vom dortigen Amtsgericht zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Berichte aus Fachkreisen.

Rixhau-Cunowalde. Die Verhältnisse im Frickeschen Betrieb, hier, fordern geradezu zur Kritik heraus. In den Speisefäßen liegen Abfälle aller Art: Ketten, Risten usw. Auch fehlen die nötigen Einrichtungen gegen Feuergefahr. Die Speisefäße sind viel zu klein. Die Gewerbeinspektion ist von allem in Kenntnis gesetzt. Ein Beamter hat auf die Beseitigung der Mißstände angeordnet. Es bleibt aber alles beim alten. Arbeiter werden für die allgeringsten Vergehen mit 14 Tagen Arbeitspause bestraft.

4,45 Mark zu erhalten haben, doch bekommen sie nur 3,15 Mark pro Stunde. Bei Arbeitern, die auf zwei Stühlen arbeiten, wird das Zweifelhafte nicht eingehalten, wenn es mal nur auf einem Stuhl Arbeit gibt. Ein Arbeiter ist sogar jetzt auf 1 Woche nach Hause geschickt worden.

Nahebuhr i. Pom. Bei der Firma Saecker, hier, wird zum Teil in Zeitlohn, zum Teil in Stücklohn gearbeitet. Dieser letztere beträgt für 1000 Schuh 120 bis 160 Pfg., ganz gleich, ob die Ketten gut gehen oder nicht. Auch fehlt ein fester Affordrückschlag und eine Mindestgrenze, so daß es vorkommt, daß Weber in zwei Wochen (bei der 60-Stundenwoche) mit 180 Mark nach Hause gehen.

Ronsdorf. Die jetzige Tarifbewegung im rechtsrheinischen Bezirk der Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie gibt Anlaß, auch öffentlich darauf hinzuweisen, daß der Tarifvertrag in allen seinen Positionen auch für die Hausindustrie gilt.

„Die allgemeine Verbindlichkeit der zwischen den der Bezirksamte Rheinland“ der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie angehörenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden abgeschlossenen tariflichen Vereinbarungen vom 1. Oktober 1920, 14. Januar 1921 und 23. Februar 1921 (vergl. Nr. 18 des Reichsarbeitsblattes vom 30. Juni 1921) wird mit Wirkung vom 1. November 1921 auf den Kreis Wipperfürth mit Ausnahme der Orte Engelskirchen und Loope, sowie auf die im gesamten Tarifgebiet bestehende Hausindustrie ausgedehnt.

Alle Betriebe, die mehr als 5 Arbeitnehmer einschließlich der Familienangehörigen des Arbeitgebers beschäftigen, unterstehen also dem Tarif. Die einzige Ausnahme besteht darin, daß Hausbetriebe mit nicht mehr als 5 Arbeitnehmern einschließlich der Familienangehörigen von der Zahlung der Familienzulage und Gewährung der Ferien entbunden sind.

Da, wo bisher Familienzulagen und Ferien gewährt wurden, muß das auch weiterhin erfolgen.

Reichenbach i. B. Verfallen wir wieder in die Sörgigkeit zurück? Bei der hiesigen Webereifirma Eduard Schneider hatte eine 20jährige Weberin abgeweht. Beim Reinigen des Webstuhls widerfährt ihr das Mißgeschick, daß ihr am Kettenbaum ein eiserner Bremshebel zerbricht. Als sie den Vorfall dem Meister Schmieder, Mitglied des Deutschen Werkmeisterverbandes, meldet, fährt er sie mit Worten an, die zur Zeit der Sörgigkeit vielleicht üblich gewesen sein mögen, heute aber den Arbeiter, die Arbeiterin entwürdigend und einen unersöhnlichen Gegensatz bilden zu der persönlichen Freiheit des Arbeiters und seiner wichtigen Rolle, die er im Produktionsprozeß spielt.

Sommerfeld. Am Freitag, den 3. Februar, fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der das Ergebnis der langwierigen Lohnverhandlung bekanntgegeben wurde. Die von zirka 1000 Personen besuchte Versammlung sprach einem Antrag gemäß den Verhandlungsteilnehmern das Vertrauen aus und war der Ansicht, daß unter den obwaltenden Umständen nicht mehr zu erreichen war.

Stettin. 1. Seilereibranche. Wir kündigten den bestehenden Lohnvertrag zum 1. Januar 1922 und forderten eine Heraussetzung der Löhne. In dem Antwortschreiben des Arbeitgeberverbandes wurde nicht nur unsere Forderung glattweg abgelehnt, sondern dreist behauptet, daß in den letzten Wochen eine Senkung der Lebensmittelpreise eingetreten sei! (Wer lacht da?) Wir waren somit gezwungen, den Schlichtungsausschuß Stettin anzurufen. Am 30. Januar 1922 wurde ein Schiedsspruch gefällt, der betont, daß in diesem Betrieb die Löhne nicht gleichen Schritt gehalten haben mit den Teuerungsulagen anderer Betriebe.

2. Defaturbranche. Hier waren ebenfalls Forderungen gestellt. Da das Angebot der Unternehmer nicht den Wünschen der Arbeiter entsprach, legten diese am 1. Februar die Arbeit nieder. Schon am selben Tage forderten die Unternehmer Verhandlungen! (Vordem hätte man sie abgelehnt!) Nach einigen Versuchen, die Forderung etwas herabzubrüden, mußten die Unternehmer die vollen gestellten Forderungen bewilligen, der Streiktag wird ebenfalls bezahlt. Es besteht somit ab 1. Februar 1922 der Berliner Defaturtarif, der Löhne von 570, 610, 655 und 675 M. pro Woche vorsieht.

Kolleginnen und Kollegen! Wenn es noch eines Beweises bedürfte, um den Vorteil des geeinten, geschlossenen Zusammenhaltens darzutun, so werden diese beiden Fälle wohl auch dem letzten die Augen öffnen! Haltet auch in Zukunft fest zur Organisation, damit wir jederzeit gerüstet sind, dem Unternehmertum das abzurufen, was unbedingt zur Lebenshaltung notwendig ist. Die Ortsverwaltung. J. A. E. Tancre.

Zwidau. (Generalversammlung der Textilarbeiter.) Am Sonntag, den 5. Februar, tagte im Goldenen Becher in Zwidau die von zahlreichen Vertretern der einzelnen Bezirke besuchte Jahresgeneralversammlung für Zwidau-Müllengrund. Der Bevollmächtigte, Kollege Graupe, gab zuerst den Jahresbericht. Bestimmte wirtschaftspolitische Ursachen führten in den meisten Textilbetrieben Zwidaus erhebliche Betriebs-einschränkungen herbei. Die Textilunternehmer hätten am 1. Februar des verfloffenen Jahres die 46stündige Arbeitszeit für die deutsche Textilindustrie aufgekündigt. Die 46stündige Arbeitszeit ist aber trotzdem durch den neu vereinbarten Manteltarif vereinbart worden. Weitere Geldentwertung führte zu umfangreichen Lohn- und Tarifbewegungen. Die Tarifbewegungen in den 17 verschiedenen Branchen des Textilbezirks konnten in friedlicher Verständigung mit den Arbeitgeberverbänden und einzelnen Außenstehenden in zufriedenstellender Weise für die Arbeiterchaft beendet werden.

Briefkasten.

E. S. Leipziger Wochenschrift für Textilindustrie: Leipzig, Dörrienstr. 9. Inserat kostet pro Millimeter 1,50 M.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 12. März, ist der 10. Wochenbeitrag fällig.

Hilfsarbeiter gesucht!

Für die Geschäftsstelle Faltenstein i. B. unseres Verbandes wird ein Hilfsarbeiter für den Innendienst gesucht.

Mit dem Verbandsleben vertraute und für den Posten bestgeeignete Kollegen und Kolleginnen wollen sich mit einem selbstverfaßten und handschriftlich selbstgeschriebenen Aufschluß über die Aufgaben eines Hilfsarbeiters und mit schriftlichen, mit dem Kennwort „Bewerbung“ versehenen Bewerbungen bis zum 25. März d. J. wenden an den Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Berlin D. 27, Magazinstr. 6/7.

Bedingung ist: Mindestens dreijährige Mitgliedschaft und während dieser volle Beitragsleistung, Angabe der Beitragsklasse sowie des parteipolitischen Organisationsstandes.

Zeugnisse u. dergl. wollen man uns in Abschrift beifügen. Gefalt nach den Beschlüssen des Beirats vom 12., 13., 14. Dezember 1921.

Das erste Amtsjahr ist Probejahr, währenddessen beiderseitig vierwöchige Kündigung zulässig ist. Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Gau Cassel. Langensalza, K. und Geschäftsführer Paul Zopf, Neustr. 1. Gau Stutgart. Hechingen, V. und K. M. Haug, Schadenweiserstraße 13. Gau Dresden. Gauleitung Dresden. Telephon Nr. 43123.

Zusammenkünfte Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Stidereibranche. Freitag, 31. März, abends 6 Uhr, Wallstr. 32. Obleute und Funktionäre. Berlin. Stidereizeichner. Mittwoch, 22. März, abends 6 Uhr, bei Gursch, Wallstr. 32. Bernau. Montag, 20. März, abends 7 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus. Kogwein. Mittwoch, 15. März, abends 7 1/2 Uhr, Deutsches Haus, Kreuzplatz 8.

Totenliste.

Nachen. Josef Zimmer. Augsburg. Johanna Franz. Berlin. Marta Schmidt. Elise Böttcher. Max Salchert. Chemnitz. Robert Weiß. Ernst Matthes. Paul Riga. Haber. Anna Rosa Steig. Anna Ida Geilert. Elisabeth Marie Gaische. Anna M. Talfenberger. Elze (Hannov.). Albert Wendt. Göttingen. Albert Dettinger. Hamburg (Bez. Schiffbeh.). Karl Kammler. Bertha Reimers. Köln. Hubert Francken. Leipzig. Ida Lindner. Neuhagen. Katharina Deter. Neubamm. Karl Korstenbeutel. Seidenberg. Fritz Schulz. Ehre ihrem Andenken!

Jüngere Posamentiere oder Handweber

Ditts Fischer, Posamentenfabrik, Halle a. S., Ulrichstraße 10.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 10. März

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstr. 6-7 — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dreschel in Berlin, für alles andere Paul Wagner in Berlin — Druck: Berliner Drucker G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 58